

Inhaltsübersicht

Einleitung	15
A. Die verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Grundlagen der europapolitischen Kommunikation	24
I. Der Bundestag zwischen der Einschränkung seiner Entscheidungsgewalt und der Herstellung demokratischer Legitimation der Europapolitik	24
II. Die Kommunikation zwischen Bundesregierung und Bundestag in europäischen Angelegenheiten	40
III. Die grundgesetzlichen Regeln über die europapolitische Kommunikation	61
IV. Die einfachgesetzlichen Unterrichtungsrechte	82
V. Das Recht des Bundestages zur Abgabe von Stellungnahmen und ihre Berücksichtigung durch die Bundesregierung	103
VI. Zusammenfassung und Bewertung	115
B. Die europapolitische Kommunikation in der Praxis	118
I. Die Unterrichtung des Bundestages	119
II. Die Organisation der Informationen im Bundestag	141
III. Die Analyse europapolitischer Dossiers im Bundestag	167
IV. Die Beratung europapolitischer Dossiers im Bundestag	174
V. Die parlamentarische Mitwirkung	182
VI. Zusammenfassung und Bewertung	214
C. Die Weiterentwicklung der europapolitischen Kommunikation als Verfassungsauftrag und ihre Grenzen	216
I. Die Umsetzung der verfassungsrechtlichen Anforderungen durch den Bundestag	217
II. Die europapolitische Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundestag als Verfassungspflicht	229
III. Die Grenzen der europapolitischen Kommunikation	271
IV. Jenseits der Kommunikationsgrenzen: Parlamentarisches Vertrauen und nachträgliche Kontrolle	284
Schluss	289
Zusammenfassung in Thesen	294
Literaturverzeichnis	302
Stichwortverzeichnis	317